



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/21823**

Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten 1933-1989

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende 2022 einen Bericht zum Sachstand der Provenienzforschung an den staatlichen Museen und Wissenschaftseinrichtungen in Bayern zu NS-Raubkunst und zu Kulturgutentzug aus Enteignungen vorzulegen.

Dabei soll auf die folgenden Schwerpunkte eingegangen werden:

- Wie ist der Stand der analogen und digitalen Erfassung, Dokumentation und Zugänglichmachung von NS-Raubkunst an staatlichen Einrichtungen in Bayern für Forschung und private Antragstellerinnen und Antragsteller?
- Welche Rückführungsanfragen, strittigen Fälle oder Rückführungsvorhaben sind derzeit zu NS-Raubkunst bei den staatlichen Museen und Wissenschaftseinrichtungen anhängig?
- Wie unterstützt die Staatsregierung Privatpersonen, private Sammlungen und Stiftungen bei der Provenienzforschung und etwaigen Restitutionsvorgängen?
- Wie viele Stellen (Vollzeitäquivalente) zur Provenienzforschung gibt es an den staatlichen Museen, der Landesstelle für nichtstaatliche Museen und staatlichen Wissenschaftseinrichtungen (mit Auflistung des Stellenumfangs und der Eingruppierung)? Sind die Stellen befristet?
- Ist geplant, die Provenienzforschung zu Kulturgutentzug aus Enteignungen auszubauen?
- Wie hoch sind die Mittel, abgesehen von den Personalkosten, die für die Provenienzforschung aufgewandt werden?
- Durch die Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen, wie die Schließung von Museen und Archiven oder eingeschränkte Reisemöglichkeiten, sind Projekte der Provenienzforschung in Zeitnot geraten. Ist an eine Verlängerung laufender Projekte gedacht?
- Die Pandemie hat die Wichtigkeit der Digitalisierung von Inventaren nochmals verdeutlicht. Wie hoch sind die für die Digitalisierung aufgewandten Mittel? Ist geplant, sie in Zukunft aufzustocken und befristete Stellen zu verstetigen?
- Die Landesstelle für nichtstaatliche Museen soll in den Bericht aufgenommen werden.

Berichterstatlerin: **Susanne Kurz**
Mitberichterstatlerin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 27. April 2022 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Robert Brannekämper
Vorsitzender